

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, inwiefern sich der Personalaufwand durch die Einführung eines Doppelhaushaltes ändere. Oberbürgermeister Langer gibt an, dass keine Veränderungen im Bereich des Personalaufwandes notwendig seien.

Oberbürgermeister Langner erklärt auf Nachfrage der CDU-Fraktion, dass man nicht eindeutig sagen könne, wie lange die Einführung eines möglichen Doppelhaushalts dauern würde.

Die SPD Fraktion erkundigt sich zum einen danach was im Falle eines Einbruchs der Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer passiere und zum anderen wie bei schnellem Handlungsbedarf weiterhin das Eingreifen möglich sei.

Oberbürgermeister Langner führt aus, dass weiterhin solche Fälle über den Nachtragshaushalt gesteuert würden.

Herr Grings fügt an, dass vor allem im investiven Bereich ein Vorteil durch einen Doppelhaushalt entstehe, man also noch schnell agieren könne. Der Vorgang bei Änderungen der Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer sei weiterhin der Selbe. Erfahrungsgemäß würde ein Doppelhaushalt in anderen Städten positiv aufgenommen.

Die CDU Fraktion erklärt, dass sie die Stärke des Stadtrates in gewissem Maße durch einen Beschluss beschnitten sehen würde.

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass diese Sorge der CDU-Fraktion unbegründet sei, da das Budgetrecht des Stadtrates weiterhin gelte.

Bürgermeisterin Mohrs bekräftigt nochmal, dass durch einen möglichen Beschluss, für einen längeren Zeitraum Planungs- und Handlungssicherheit bestehe.

Auf Bitte der SPD Fraktion verbleibt die Vorlage ohne Beschlussempfehlung.